

16. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

87. Sitzung

Mittwoch, 20. März 2019

TOP 1

**Aktuelle Debatte: „Die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte ist
überfällig – und liegt in unserer Verantwortung“**

Rede von

Nicole Razavi MdL

Parlamentarische Geschäftsführerin und stellvertretende Fraktionsvor-
sitzende der CDU-Landtagsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort!

Abg. Nicole Razavi MdL (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Wer die Welt bereist, kann sich ihnen nicht entziehen: Der Kolonialismus, der Imperialismus haben ihre Spuren hinterlassen, haben Landkarten gezeichnet und das Gesicht der Welt geprägt.

Aber ist das heute noch wichtig? Geht es uns etwas an? Müssen wir uns damit beschäftigen? Ich meine: Ja, es geht uns etwas an. Denn die Kolonialgeschichte wirkt bis in die heutige Zeit fort. Es ist Teil unserer historischen Verantwortung gegenüber den Menschen in den ehemaligen Kolonialgebieten, die Kolonialgeschichte aufzuarbeiten. Es ist unsere historische Verantwortung, das Unrecht, das in dieser Zeit geschehen ist, sichtbar zu machen.

Wenn wir das ernst meinen, dann müssen wir auch Antworten auf die Frage finden: Wie gehen wir mit geraubten Kulturgütern aus früheren Kolonien um, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Der Kollege Kern hat es schon gewähnt: Der jetzige französische Präsident Emmanuel Macron hat in Burkina Faso im November 2017 eine sehr wichtige Rede gehalten. Er hat damit nicht nur einen Kurswechsel in der Erinnerungskultur seines eigenen Landes ausgelöst, sondern er hat auch Deutschland in dieser Frage aufgerüttelt. Er hat eine europäische Debatte über den Umgang mit kolonialen Kulturgütern ausgelöst. Er hat seine Haltung konkretisiert und ein breites Spektrum an Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt – von Austausch und Leihgaben bis zur Restitution und anderen Kooperationsformen.

Diese Haltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist aus meiner Sicht richtungsweisend und beispielhaft. Wenn wir uns heute mit Kolonialgeschichte beschäftigen, geht es darum, Brücken, die vor weit über hundert Jahren eingerissen wurden, aufzubauen. Es geht darum, dort, wo Unrecht geschehen ist, ist die Hand zu reichen. Deshalb geht es bei der Restitution um viel mehr als um die Rückgabe von einst geraubten Gegenständen. Es geht darum, bei allem, was wir jetzt tun, eng mit den Herkunftsgesellschaften zusammenzuarbeiten, nicht zuletzt bei der Forschung. Denn jeder Gegenstand erzählt eine Geschichte und das Schicksal von Menschen. Ihre Nachfahren wollen das wissen, und ich meine, sie haben auch ein Recht und einen Anspruch darauf.

Diese Geschichten, meine Damen und Herren, lassen sich am besten gemeinsam erforschen.

Die nächste Frage ist: Wie gehen wir mit den einzelnen Objekten um? Auch dabei kann uns die Forschung helfen. Im besten Fall kann das sogar zu einer neuen Qualität in den Beziehungen zu den jeweiligen Herkunftsländern führen, und das muss unser Ziel sein. Ich begrüße deswegen in diesem Zusammenhang ausdrücklich das Engagement unserer Landesregierung hier in Baden-Württemberg, des Landes Baden-Württemberg in der Frage der Aufarbeitung unseres kolonialen Erbes.

Ihre Reise nach Namibia, liebe Frau Bauer und die Rückgabe von Bibel und Peitsche der Witbooi war hier ganz sicher ein wichtiger erster Schritt. Dennoch bleiben die Herausforderungen groß, und im Einzelfall können durchaus schwierige Fragen auftreten, z. B.: An wen soll überhaupt restituiert werden? Wer ist Rechtsnachfolger der ehemaligen Eigentümer? Ist der Nationalstaat der richtige Adressat und Empfänger für eine Restitution, und wie geht man mit Entschädigungsforderungen um?

Diese Fragen haben auch bei der Rückgabe der Witbooi-Bibel und -Peitsche durch die Landesregierung an die Regierung von Namibia eine wichtige Rolle gespielt. Wir erinnern uns: Kurz vor knapp klagte eine Vereinigung der Nama-Stammesältesten gegen die Rückgabe von Bibel und Peitsche an die Regierung von Namibia. Der „Spiegel“ berichtete von – ich zitiere – „auflebenden Spannungen zwischen Teilen der Nama und der Regierung in Windhoek“, die zeigen würden – ich zitiere weiter –, „welches Konfliktpotenzial die Restitution von geraubten Kulturgütern aus der Kolonialzeit birgt.“

Aber auch ganz generell stellt sich die Frage, z. B. aufgeworfen von Andreas Kilb in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 10. März, ob wir uns bei der Rückgabe von geraubter Kunst aus der Kolonialzeit die Empfänger der Objekte in Afrika nicht zu sehr nach dem Muster unserer eigenen Gesellschaften vorstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin davon überzeugt, dass es für all diese Fragen keine pauschalen Antworten und keine pauschalen Lösungen gibt. Wir müssen vielmehr von Fall zu Fall und mit viel Fingerspitzengefühl entscheiden. Deswegen ist es richtig, dass sich Kulturstatsministerin Grütters, die Kulturminister der Länder und die kommunalen Spitzenverbände vor gut einer Woche auf erste Eckpunkte mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten geeinigt haben.

Diese Eckpunkte benennen eines ganz klar: die Provenienzforschung ist die Grundlage, um die Erwerbsumstände von Sammlergut beurteilen zu können.

Das klingt zunächst auf den ersten Blick trivial, ist es aber, meine ich, nicht. Denn ohne Provenienzforschung lässt sich gar nicht beurteilen, ob das Wie und das Woher Gründe für eine Rückgabe sind.

Dies muss im einzelnen Fall gründlich aufgearbeitet werden, diese Mühe müssen wir uns machen. Sogenannte postkoloniale Aktivisten liegen falsch, meine ich, wenn sie sich für eine pauschale Eigentumsübertragung aussprechen und hier einen vermeintlichen Zeitdruck vorschieben. Diesen Zeitdruck gibt es nach so langer Zeit gewiss nicht, und es würde den einzelnen Objektgeschichten ganz bestimmt auch nicht gerecht werden.

Sie würden uns auch die Chance nehmen, die Geschichte der Sammlungsgüter zusammen mit den betroffenen Herkunftsgesellschaften zu erforschen.

Ich freue mich aber auch aus einem anderen Grund über die neuen Eckpunkte. Rückgaben durch ein Land oder eine Kommune werden im Ausland häufig als Handeln des Gesamtstaats Deutschland wahrgenommen. Umso wichtiger ist es deswegen, dass Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen, sich eng abstimmen, faire Lösungen entwickeln und auf der Basis einer gemeinsamen Grundlage handeln.

Wir dürfen aus der Aufarbeitung der Kolonialzeit keinen Wettlauf mit dem Bund oder unter den Ländern machen. Es geht nicht um den ersten Platz auf dem Podium. Dafür ist das Thema zu sensibel und zu viel zu wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht vielmehr darum, im Einzelfall gute Lösungen zu finden. Wir können historisches Unrecht nicht ungeschehen machen, das kann auch Kultur nicht leisten. Aber sie kann zu einem neuen Dialog mit den Menschen in den Herkunftsländern, in den früheren Kolonien beitragen. Sie kann helfen, Leid, Hass und jahrhundertealte Barrieren zu überwinden und einzureißen, und sie kann so den Grundstein legen für eine neue Partnerschaft, für eine neue Freundschaft. Diese Chance sollten wir unbedingt nutzen.

Herzlichen Dank!